

## Die Resonanz in Grossbritannien auf die aktuelle Finanzkrise

### Krisenmanagement

Grossbritannien beschäftigt sich gegenwärtig mit dem, was das Land in schweren Zeiten immer schon ausgezeichnet hat: Krisenmanagement. Dahinter stehen für den Moment parteipolitische Auseinandersetzungen, die Debatte über Ursachen oder die grundlegenden Konzepte für die Zukunft zurück. Wenn das Schiff auf Grund läuft, so sagt es der Vorsitzende der Liberaldemokraten, Nick Clegg, organisiert man die Rettungsboote und diskutiert nicht darüber, warum der Kapitän den Eisberg nicht gesehen hat.

So stehen Labour, Tories und Libdems weitgehend geschlossen hinter dem Massnahmenpaket, das Premierminister Gordon Brown und Schatzkanzler Alistair Darling geschnürt haben und mit dem sie nicht nur der Krise im eigenen Land beikommen sondern zugleich auch den Kurs für Europa und die USA vorgeben wollen. Ihr Ziel ist die Auflösung der Blockade am Geld- und Kreditmarkt durch die Verfügbarkeit von Liquidität, Kredithilfen und einer Stärkung des Eigenkapitals der Banken. Dafür stehen ca. £ 200 Mrd. an Krediten durch die Bank von England und ca. £ 50 Mrd. für direkte Investitionen in die betroffenen Privatbanken zur Verfügung, davon die Hälfte gegen Präferenz-Aktien. Darüberhinaus garantiert der Staat Bankschulden mit einer Laufzeit von drei Jahren.

Im Gegenzug müssen sich die betroffenen Banken gegenüber der Financial Services Authority (FSA) verpflichten, Vorgaben zur Begrenzung von Dividendenzahlungen sowie zu Gehältern und Boni für die leitenden Mitarbeiter zu beachten. Für Aktionäre und Management folgenschwere Auflagen, die auch zunächst zu einem Kurssturz von Bankaktien beigetragen haben.

Eine entscheidende Rolle in dem Massnahmenpaket spielt die Vorgabe der Bankenaufsicht, das Eigenkapital der Geschäftsbanken deutlich zu erhöhen. So wurde die Royal Bank of Scotland angewiesen, £ 17 Mrd. staatlicher Hilfe anzunehmen, um so die Eigenkapitalquote von unter 6% auf 7,5% aufzustocken.

Richtung und Tempo der Krisenbewältigung durch Regierung, die Bank von England und die FSA sind dabei durch Fehler im Umgang mit der Krise der Northern Rock Bank mit bestimmt. Erst nach mehrmonatigem Zögern, dem Scheitern aller Verkaufspläne an private Investoren und beeindruckt durch die dramatischen Bilder langer Menschenschlangen vor den Filialen der Bank wurde Northern Rock im Februar 2008 verstaatlicht und mit einem Kredit von 3 Mrd. Pfund stabilisiert. Die später teilweise zwischen den EU-Partnern kritisierten, unabhinstimmten staatlichen Garantien für private Geldeinlagen haben hier ihren Anfang gehabt.

Die aus diesem Anlass geschaffenen Instrumente des Banking (Special Provisions) Act 2008 fanden Anwendung auch bei der teilweisen Verstaatlichung der Hypothekenbank Bradford and Bingley am 29. September 2008.

Es wird erwartet, dass von den acht führenden Banken in Grossbritannien jedenfalls sechs von dem Hilfspaket Gebrauch machen werden. Mit HBOS und der Royal Bank of Scotland sind bereits zwei weitere Grossbanken faktisch verstaatlicht. Keine der in britischem Eigentum stehenden Banken ist mehr vollständig unabhängig.



**GROSSBRITANNIEN**

THOMAS BERND STEHLING

**20. Oktober 2008**[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

Dort, wo eine erste ordnungspolitische Debatte einsetzt, richten Regierung und Opposition ihren Blick eher in die Zukunft und halten sich weniger mit der Vergangenheit auf. Für Beide gibt es dafür gute Gründe. Wenn Gordon Brown von einer „Dekade der Unverantwortlichkeit“ redet und davon spricht, dass „die Finanzmärkte aufgehört haben, zu funktionieren“ oder das „die Selbstregulierung versagt“ hat, dann verschweigt er den Anteil, den Regierung, Notenbank und Aufsichtsbehörde daran hatten. Gordon Brown präsentiert sich als Retter einer Krise, die er selbst mit verursacht hat.

Umgekehrt waren es die teilweise schrillen Stimmen der oppositionellen Tories, denen Deregulierung und das Vertrauen auf die Kräfte des Marktes garnicht weit genug gehen konnten.

Heute sprechen Premierminister Brown und Oppositionsführer Cameron unisono davon, dass der Trennstrich nicht „zwischen Markt und Anti-Markt“ verlaufe, sondern zwischen „Verantwortung und Exzess“: „Wir wollen Unternehmertum, freien Handel und Bereitschaft zum Risiko“, nur unverantwortlich dürfe es nicht sein (Brown). Das ist sehr nahe an David Cameron, der feststellt „Es ist nicht mehr Freiheit, was unsere Wirtschaft braucht, es ist mehr Verantwortlichkeit“. Schon in den zurückliegenden Monaten hatte sich Cameron von rechten Traditionalisten in seiner Partei abgesetzt, für die die Tories unverändert „die Partei des Kapitals“ sind. Seine Bewertung der britischen Gesellschaft als „broken society“, die Anerkennung einer Verpflichtung der Stärkeren für die Schwächeren und der Funktion des Staates, dort regulierend einzugreifen, wo Gesellschaft und Marktteilnehmer nicht aus eigener Kraft zu Lösungen kommen, führen die Tories erstmals nahe an Grundideen der Sozialen Marktwirtschaft heran.

Der Neo-Liberalismus ist tot, „big State comes back“. Freie, deregulierte (oder falsch regulierte) Märkte scheinen nur für einen Teil der Gesellschaft zu funktionieren. Dass die Profiteure ihr Geld arbeiten liessen, die Kaufkraft steigerten, Beschäftigung stimulierten, geht in der gegenwärtigen Debatte unter. Gleiches gilt für den Anteil des Staates an der Krise. In den USA waren es die Steuervorteile und Staatsgarantien für „Fannie and Freddie“, die zu dem politisch gewollten Ziel eines Volkes von Hauseigentümern beitragen sollten, in Grossbritannien der politische Wille, als erste in Europa auf die Globalisierung durch offene, weitgehend unregulierte Märkte zu reagieren und davon zu profitieren. Beides hat über ein Jahrzehnt hinweg funktioniert und Wachstum geschaffen.

**Politische Konsequenzen**

In den drei grossen Parteien wachsen Einsicht und Bereitschaft, angesichts der globalen Herausforderungen an supra-nationalen Lösungsansätzen mitzuwirken. Dies mag anderswo eine Selbstverständlichkeit sein, für die Briten ist es dies nicht. Darin liegen Chancen auch für eine Neubewertung europäischer Projekte und der Teilhabe der Briten an ihnen.

Gleiches gilt für die internationale Zusammenarbeit. Der Satz von Präsident Bush „We are in this together, we will come through it together“ wird seine Bewährungsprobe noch zu bestehen haben. Aber zweifelsfrei gibt es den Willen zu einer Neubewertung auch hier, gefördert von den Erwartungen an eine neue Administration in Washington.

Damit sind insgesamt Voraussetzungen gegeben für international abgestimmte Konzepte, von der Neuordnung der Wirtschafts- und Finanzmärkte, des Welthandels und der ausstehenden Reform der WTO, den Beziehungen zur Dritten Welt, der Versorgung mit Nahrungsmitteln, der Verteilung von Energie und Rohstoffen bis hin zu den zentralen Themen der Aussen- und Sicherheitspolitik. Sie werden allerdings nur dann erfolgreich sein, wenn in jedem Einzelfall der Nutzen für die beteiligten Nationen und ihre Bevölkerung nachgewiesen werden kann. Die Masstäbe dafür werden künftig strenger ausfallen.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**GROSSBRITANNIEN**

THOMAS BERND STEHLING

**20. Oktober 2008**

[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

Die gegenwärtige Krise und die ihr nachfolgenden Gefahren für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und die soziale Balance werden neben der Hinwendung zu internationalen Lösungen auch nationalistischen Kräften Auftrieb geben. In der mehr intellektuellen Debatte in Grossbritannien beginnt dies mit der Frage nach der demokratischen Legitimation internationaler Gremien, der dort getroffenen Entscheidungen und des Einflusses der Wähler darauf.

Der Ruf „every nation for itself“ klingt in den Ohren mancher Wähler attraktiver als die mühsam ausgehandelten Communiqués des Europäischen Rates oder internationaler Konferenzen. Schon im Sommer hat sich Gordon Brown angesichts steigender Arbeitslosenzahlen zu dem Satz hinreissen lassen „British jobs for British people“ und reagierte damit auf die innenpolitische Stimmung. Danach kündigte die Regierung an, die Einwanderung von Menschen von ausserhalb der EU deutlich zu erschweren. Seit 2003 sind allein an diesen Personenkreis 1,6 Mio. Sozialversicherungsnummern ausgegeben worden. Und als Bankguthaben britischer Bürger sowie Anlagen einiger Städte und Gemeinden bei zwei isländischen Banken gefährdet schienen, waren die Reaktionen eine äusserst aggressive öffentliche Erklärung des Premierministers und die Anwendung britischer Anti-Terror Gesetze, um die Guthaben von Landsbanki und Kaupthing Bank einzufrieren.

Trotz einer grundsätzlich anderen Einstellung der britischen Öffentlichkeit zum Einsatz eigener Soldaten in internationalen Konflikten, als sie in Deutschland vorherrscht, werden angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der beständigen Verlustmeldungen aus dem Irak und Afghanistan die Forderungen nach einem Truppenrückzug lauter. Die britische Regierung verhandelt dazu bereits mit dem Irak. Die Vorstellung, für neue internationale Einsätze die Zustimmung oder auch nur Duldung der britischen Öffentlichkeit zu bekommen, erscheint gegenwärtig eher abwegig.

In der Klimapolitik hat der zuständige Minister Ed Miliband den Mut besessen, mitten in der gegenwärtigen Finanzkrise das ohnehin schon anspruchsvolle Ziel einer drastischen Reduzierung der Treibhausgase bis 2050 auf 80% zu erhöhen. Euphorisch war die Reaktion darauf jedenfalls nicht, bestenfalls abwartend. Durchzuhalten werden die Ziele in der jetzigen Situation indes nur sein, wenn sie finanziell vom Staat abgefedert werden, durch Investitionszuschüsse oder Steuerabschreibungen sowie Hilfen bei betroffenen Industrien, wie z.B. der Automobilbranche und ihren Zulieferern.

In allen Feldern der Politik wachsen gegenwärtig die Erwartungen und Forderungen an „den Staat“. Staatliche Intervention gilt in Grossbritannien nicht mehr als unschicklich.

Die vermeindliche Verfügbarkeit „über Nacht“ von unvorstellbar geglaubten Milliardensummen wird den Druck auf die Politik erhöhen und der Artikulation von Individual- wie Gruppeninteressen bislang ungewohnten Raum geben. Dabei wird zu erklären sein, warum in kürzester Zeit einem Teil der Wirtschaft geholfen werden kann, anderen nicht.

### **Realwirtschaft**

Zu einem eher skeptischen Ausblick tragen die Perspektiven für die britische Wirtschaft bei.

Trotz eines Jahrzehnts von Boom und Vollbeschäftigung haben Haushaltsdefizit und Neuverschuldung Höchstmarken erreicht. Statt gefüllter Kassen für Krisenzeiten blicken Brown und Darling auf eine Haushaltsslage, die ihnen wenig Spielraum für Krisenbewältigung und die Stimulierung der Wirtschaft gibt. Der Finanzdienstleistungssektor schrumpft, teils als Folge der gegenwärtigen Krise, teils durch Abwanderung in andere Länder als Reaktion auf eine wachsende Steuerlast oder Unsicherheiten über den künftigen Kurs der Regierung. Der Industriestandort Grossbritannien verliert seit Jahren an Bedeutung, die schlechte Infrastruktur hält ansiedlungswillige Unternehmen ab. 44% der noch vorhandenen Betriebe erklären in der jüngsten Umfrage, dass ihre Auftragsbücher unter dem normalen Bestand liegen. Der Industrieverband CBI erwartet für 2009 das geringste Wirtschaftswachstum seit 1992.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**GROSSBRITANNIEN**

THOMAS BERND STEHLING

**20. Oktober 2008**

[www.kas.de/london](http://www.kas.de/london)

Mit 5,2 % ist die Inflation so hoch wie zuletzt vor 16 Jahren, besonders betroffen sind Rentner und ältere Leute, deren spezifische Inflationsrate bei 13,7% liegt.

Die Hauspreise, seit Jahren unverzichtbarer Bestandteil des wirtschaftlichen Aufschwungs, fallen im Vergleich zum Vorjahr im Schnitt um 13,4%. Die Arbeitslosigkeit steigt auf 1,72 Mio, für 2009 werden 3 Mio befürchtet. Durch die Finanzkrise sind in der City of London bislang 7,9% der Arbeitsplätze weggefallen, mit allen Konsequenzen nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für deren Beitrag für den Wirtschaftskreislauf.

Sollte die Bank von England – was Fachleute vermuten - dem amerikanischen Beispiel folgen und zur Ankurbelung der Wirtschaft den Leitzins auf 1% senken, wäre dies der tiefste Stand seit 300 Jahren. Auch dies zeigt die historische Dimension der gegenwärtigen Lage.

Für viele Briten wird die Notwendigkeit wachsen, ihren Lebensstil zu überdenken. Eine hemmungslose Verschuldung für den Kauf von Häusern, Autos, Urlaubsreisen schien durch die vermeintlich niemals endende Steigerung von Immobilienwerten und Löhnen gerechtfertigt, hat aber zur höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in Europa beigetragen. Bei steigenden Zinsen und sinkenden Hauspreisen stossen viele an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten. Jeder dritte Engländer will Weihnachten auf Geschenke weitgehend verzichten, die Geschäfte versuchen darauf mit drastischen Preisnachlässen zu reagieren. Erstmals seit 20 Jahren ist die Zahl der Flugreisen gesunken (-4,5%).

Neben die aktuellen Probleme Grossbritanniens treten strukturelle Versäumnisse, insbesondere mit Blick auf die soziale Balance in der Bevölkerung. Diese können, zusammen mit einer Wirtschaftskrise, zu erheblichen Spannungen beitragen.

So zeigen Untersuchungen, dass in keinem anderen Land Europas die Wahrscheinlichkeit für Jugendliche grösser ist, dass sie ohne Ausbildung bleiben und arbeitslos werden. Bereits ohne die Krise ist die Zahl derer drastisch gestiegen, die „economically inactive“ sind, also entweder nicht arbeiten wollen oder können. Eine Studie der „Social Justice Policy Group“ spricht von einer wachsenden „Unterklasse“ in Grossbritannien, deren Leben durch „dependency, addiction, debt and family breakdown“ bestimmt sei. Darin lägen nicht nur Gefahren für den sozialen Zusammenhalt des Landes, auch die Kosten seien enorm. So belaste der Zusammenbruch von Familien die Steuerzahler mit £ 24 Mrd. Der aus dem Kreislauf von Arbeitslosigkeit, Drogen, Alkohol und zerrütteten Familien geschätzte Beitrag zur allgemeinen Kriminalität wird nach der Studie mit £ 60 Mrd. veranschlagt.

Es deutet deshalb vieles darauf hin, dass Grossbritannien vor schwierigen Jahren steht. Wichtig wird dabei sein, Wirtschaft und Gesellschaft entschlossen zu stabilisieren, um ein Auseinanderfallen zu verhindern.

Hoffnung auf Besserung, so meinen es jedenfalls einige Wirtschaftsforschungsinstitute, gibt es ab Mitte 2010. Aber selbst wer daran nicht glaubt, setzt auf die Olympischen Spiele 2012. Sie würden zumindest den „moralischen Aufschwung“ bringen.

Thomas Bernd Stehling

20. Oktober 2008